



Frieden braucht Fachleute

Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

EDITORIAL



Liebe Leserin,
lieber Leser,

gibt es doch Gutes im Schlechten? »Finanzkrise stoppt den Anstieg der Militärausgaben« titelte die Süddeutsche Zeitung am 17. April. Eine Trendwende will jedoch das Forschungsinstitut SIPRI nicht erkennen, das diese Zahlen recherchiert und jährlich publiziert. Ein Blick auf die langfristige Entwicklung ergibt tatsächlich ein ganz anderes Bild. In den letzten zehn Jahren stiegen die weltweiten Militärausgaben inflationsbereinigt um etwa 50 Prozent. Der deutsche Verteidigungsetat wuchs im selben Zeitraum immerhin noch um beinahe ein Drittel an und liegt längst wieder höher als zu Zeiten des Kalten Krieges. Das reicht sogar für einen Platz unter den Top Ten in der Welt.

»Was würdest du mit einer Billion Dollar tun?«, fragten die Initiator/-innen des Globalen Aktionstages gegen Militärausgaben im vergangenen Jahr. Diese unvorstellbare Summe wird weltweit jährlich für Verteidigung ausgegeben. Auch Menschen, die Armeen nicht gleich vollständig abschaffen wollen, fragen sich, was möglich wäre in einer Welt, in der Einigungswille und Verhandlungsbereitschaft Vorrang vor einseitiger militärischer Interessendurchsetzung hätten. Eine solche Welt zu erschaffen, scheint utopisch, unmöglich ist es nicht. Im forumZFD wollen wir Wege aufzeigen und ausprobieren, um Konflikte gewaltfrei zu lösen. Gehen Sie mit?

Ihr
Christoph Bongard
Leiter der Abteilung Kommunikation
beim forumZFD

LEITARTIKEL



Israelis protestieren gegen die Drohungen ihrer Regierung, iranische Atomanlagen zu bombardieren. Besonders die Internet-Aktion »Iranians we love you« fand viel Aufmerksamkeit und Unterstützung im Netz.

Der Atomkonflikt ist lösbar!

Die Sorge vor einem Krieg am Persischen Golf, der weltweit verheerende Auswirkungen haben könnte, wächst. Anlass zur Sorge geben die Drohungen der israelischen Regierung mit Militärschlägen gegen iranische Nuklearanlagen, entsprechende republikanische Forderungen im Präsidentschaftswahlkampf gegen Barack Obama sowie Irans Drohungen mit Gegen- oder gar Präventivschlägen. Zwar verliefen die Mitte April in Istanbul geführten Gespräche zwischen Iran und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates (plus Deutschland) nach einhelligen Bekundungen »positiv« und »konstruktiv«. Doch eine Vereinbarung über die erforderlichen Maßnahmen zur Deeskalation und Beilegung des Streits um das iranische Atomprogramm wird es, wenn überhaupt, wahrscheinlich erst nach einer Wiederwahl von Obama im November geben.

Dabei sind diese erforderlichen Maßnahmen allen Beteiligten längst bekannt. In Istanbul und bei vorangegangenen Gesprächen wurden sie zum Teil bereits im Detail diskutiert. Irans Chefunterhändler brachte nach Istanbul sogar einen konkreten Vierphasenplan wechselseitiger Konzessionen mit. Nach diesem Plan würde Teheran sein Uran nur noch auf maximal fünf Prozent anreichern, was für die Herstellung

von Brennstäben zur Energiegewinnung in Atomkraftwerken erforderlich ist. Die seit Anfang 2011 betriebene Anreicherung auf 20 Prozent würde Teheran aufgeben. In weiteren Schritten würde Iran Zusatzprotokolle und Ergänzungsvereinbarungen zum Atomwaffensperrvertrag praktisch umsetzen und völkerrechtlich verbindlich ratifizieren. Damit erhielten die Inspektoren/-innen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) deutlich verbesserte Möglichkeiten zur Überwachung der iranischen Atomanlagen. Schließlich würde Teheran alle noch offenen Informationswünsche der IAEA zu seinem Nuklearprogramm beantworten; Uran nur noch in Anlagen anreichern, die von der IAEA ständig überwacht werden; und auf den Bau neuer Anlagen verzichten, solange die IAEA dagegen Bedenken erhebt.

Im Gegenzug zu diesen iranischen Konzessionen würden die USA und die EU sowie der UN-Sicherheitsrat die gegen Iran verhängten Sanktionen schrittweise zunächst vorläufig aussetzen und schließlich ganz aufheben.

Ein solcher oder ein ähnlicher Plan zur Deeskalation und Beilegung des

Konflikts hätte allerdings nur eine Chance, wenn der Westen endlich die Forderung nach vollständiger Einstellung der Urananreicherung vom Tisch nimmt. Diese Forderung, ursprünglich 2005 vom damaligen Bundesaußenminister Fischer in der EU durchgesetzt, war immer völlig unrealistisch. Denn verlangt wird der selektive Verzicht eines der 186 Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages auf das in diesem Vertrag völkerrechtlich verbrieftete Recht auf »uneingeschränkte Nutzung« der Nukleartechnologie zu allen nicht militärischen Zwecken. Es gibt keine erkennbare politische Kraft im Iran, die diese Position unterstützt. Auch nicht unter der demokratischen Opposition gegen das Regime. Die Forderung nach vollständiger Einstellung der Urananreicherung im Iran hat bislang nur kontraproduktiv gewirkt: Die Hardliner in Teheran wurden gestärkt, die Spielräume für die Opposition wurden geringer. Im Sommer 2005 wurde zur bösen Überraschung aller Beobachter/-innen der Hardliner Mahmud Ahmadinedschad zum iranischen Präsidenten gewählt – auch dank der ultimativen Forderungen aus Brüssel und Washington.

Es steht allerdings zu befürchten, dass Obama, und damit auch die EU, ihre unsinnige und kontraproduktive Forderung angesichts der Kriegsdrohungen und -forderungen aus Israel und der republikanischen Widersacher zumindest vor den US-Präsidentschaftswahlen nicht vom Tisch nehmen wird. Und erst nach einer Wiederwahl Obamas besteht eine Chance, dass über eine Vereinbarung mit Teheran hinaus die beiden wichtigsten Herausforderun-

gen im Nahen und Mittleren Osten endlich ernsthaft angegangen werden: die Schaffung einer Zone frei von jeglichen Massenvernichtungsmitteln in dieser Region sowie die Herbeiführung eines gerechten Zweistaaten-Friedens zwischen Israel und den Palästinenser/-innen. Diese beiden Ziele sind miteinander verknüpft. Und ohne ihre Umsetzung werden sich auch die mit dem iranischen Atomprogramm verbundenen Probleme und Bedrohungswahrnehmungen nicht dauerhaft überwinden lassen.

Auch ohne eine getroffene Vereinbarung könnten alle Beteiligten Schritte unternehmen, um die Gefahr einer kriegesischen Eskalation in der Zeit bis zu den Präsidentschaftswahlen zu verringern. Die USA könnten ausdrücklich das Recht Irans auf ein ziviles Atomprogramm anerkennen, die EU der Option militärischer Maßnahmen eine unmissverständliche Absage erteilen. Teheran könnte seinerseits die Anreicherung von Uran auf 20 Prozent für die IAEA überprüfbar einstellen sowie deren Inspektoren/-innen Zugang zu der bislang geheim gehaltenen unterirdischen Atomanlage in Fordo gewähren. ■

Andreas Zumach

Der Journalist arbeitet am europäischen Hauptsitz der UNO in Genf und engagiert sich seit den 1970er Jahren in der Friedensbewegung.

FRIEDENSHAUS AM KÖLNER BRETT

Einweihungsfeier im Friedenshaus

Am 12. Mai lädt das forumZFD zur Einweihung seiner neuen Geschäftsstelle in Köln ein. Seit Februar befindet sie sich in den neuen Räumen im Stadtteil Ehrenfeld, Am Kölner Brett 8, in direkter Nachbarschaft von Kreativunternehmen und einem alternativem Kulturzentrum. Das Haus fasziniert neue Besucher durch seine ungewöhnliche und offene Architektur. Hier arbeiten etwa 30 Mitarbeitende auf drei Etagen. Der Kauf des Hauses war nur mithilfe von 52 Friedensinvestoren möglich, die so die Arbeit des forumZFD unterstützen. Die Gäste erwartet ein interessantes Programm mit Musik, Austausch und Führungen durch das Friedenshaus.



Schon g

■ Erklärung zum Iran-Konflikt

Das *forumZFD* ist Mitunterzeichner einer Erklärung der »Kooperation für den Frieden« zum Iran-Konflikt. Die Unterzeichnenden fordern die Politik auf, Sanktionen zu beenden, den Einsatz militärischer Mittel auszuschließen und stattdessen Gespräche und Kooperation in der gesamten Region auf den Weg zu bringen.

► www.koop-frieden.de/dokumente/iran-erklaerung.pdf

■ Frieden als parlamentarische Aufgabe

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung hat eine Stellungnahme zur Arbeit des Unterausschusses »Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit« des Deutschen Bundestags veröffentlicht. Darin wird der Ausschuss als Fortschritt gelobt, da er friedenspolitischen Themen zu mehr Aufmerksamkeit ver helfe. Es wird empfohlen, militärische und zivile Einsätze in Krisengebieten vergleichend auszuwerten und die Mittel für zivile Konfliktbearbeitung zu erhöhen.

► www.konfliktbearbeitung.net

■ Conflict Barometer veröffentlicht

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung hat das Konfliktbarometer 2011 veröffentlicht. Es kann auf der Internetseite des Instituts heruntergeladen werden. Seit 1992 werden in der Publikation jährlich neueste Entwicklungen in Konflikten auf der ganzen Welt dargestellt und analysiert.

► <http://cobad.conis-group.org>
► <http://hiik.de>

■ Vortragsreise: ZFD in Palästina

In der Woche vom 25. bis 29. Juni ist unser Friedens- und Konfliktberater Anselm Schelcher auf einer Vortragsreise in Baden-Württemberg unterwegs. Er berichtet über das Projekt des *forumZFD* in Palästina und gibt Einblicke in die Situation im Jordantal. Mit Anfragen für Vortragstermine in der Region wenden Sie sich bitte an Alexandra Orsi, E-Mail: orsi@forumZFD.de

Führungskräfte sind Ko

Mediation für die internationale Z

Sie sind Fach- oder Führungskraft in der internationalen Arbeit, im öffentlichen Sektor oder in einem Unternehmen? Sie führen und leiten Teams auch auf Distanz? Sie wollen ihre Fähigkeiten in Teamleitung und Konfliktmanagement ausbauen und das bei einer Fortbildungseinrichtung?

An der Akademie für Konflikttransformation in Marburg findet eine berufsbegleitende Fortbildung zum Thema Mediation statt. Der achtmonatige berufsbegleitende Kurs ist in drei Phasen (Lernen, Reflektieren und Anwenden) konzipiert. Vier Präsenzphasen (je vier Tage) sind vorgesehen.

Kursgebühr: 3.000 Euro (zzgl. Übernachtung)
Zeitraum: 4. Juli 2012 bis 19. Januar 2013

Ansprechpartner/-innen:

Vi Nguyen, Telefon: 02 21 91 27 32 72, E-Mail: vi.nguyen@forumzfd-akademie.de
Svenja Schmelcher, Telefon.: 02 21 91 27 32 84

Infos: www.forumzfd-akademie.de/mediation

Ko-Finanzierung du



Phantasievolle Kostüme und politische Satire sind Teil des orthodoxen Karnevals in Mazedonien. Das Bild zeigt den Karnevalsumzug im Dorf Vevčani im Januar dieses Jahres.

Schlichtung im Schnee

Wie das *forumZFD* einen ethnisch-religiösen Konflikt in Mazedonien deeskalierte

»Ich hoffe, der Schnee von letzter Nacht hat dazu beigetragen, die erhitzten Gemüter langsam abzukühlen.« Mit diesen Worten eröffnete der Bürgermeister der Kleinstadt Struga an einem verschneiten Donnerstagmorgen im Februar die Sitzung des lokalen Krisenpräventionsrates. Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Polizei und der muslimischen Mehrheit von Struga diskutierten im Rathaus über einen Konflikt, der sich wenige Wochen zuvor an einer Darstellung während des Karnevalsumzugs im benachbarten Dorf Vevčani entzündet hatte. Eine weitere Eskalation schien nicht ausgeschlossen.

In Vevčani findet schon seit dem frühen Mittelalter jedes Jahr anlässlich des orthodoxen Neujahrsfestes Mitte Januar ein Karnevalsumzug statt. Teil der Karnevalstradition von Vevčani ist es, nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch die orthodoxen und muslimischen Würdenträger auf die Schippe zu nehmen. Für Aufsehen sorgte ein Wagen mit einem Imam, der einen Koran in der Hand hielt und von verschleierten Frauen begleitet wurde, die einen übergroßen Holzphallus trugen. Mit Letzterem wurde ein homosexueller Akt angedeutet. Muslime aus dem benachbarten Struga fühlten sich durch dieses Szenario in ihren religiösen Gefühlen tief verletzt und forderten eine Entschuldigung von der Gemeinde Vevčani. Als Vevčani diese mit dem Verweis auf die Tradition des Karnevals verweigerte, rief das Oberhaupt der islamischen Gemeinde Struga zu einem friedlichen Protest auf. 1.000 Musliminnen und Muslime nahmen an einer Demonstration teil, die auch vom albanischen Bürgermeister der Stadt Struga unterstützt wurde. Was zunächst friedlich begann, geriet außer Kontrolle. Während der Proteste wurde die mazedonische Flagge am Rathaus von Struga durch eine islamische Fahne ersetzt. In den

darauffolgenden Tagen wurden zwei orthodoxe Kirchen von Unbekannten angezündet. Über Tage lag Angst in der Luft, Erinnerungen an den bewaffneten Konflikt von 2001 wurden wach, und eine landesweite Ausdehnung des Konfliktes schien nicht ausgeschlossen. Der mazedonische Präsident sah sich veranlasst, die Oberhäupter der religiösen Gemeinschaften zu einem Gespräch zu bitten und die Bevölkerung zur Besonnenheit aufzurufen.

Ethnische Machtbalance

Die politische Dimension des Konflikts und die scheinbar überheftige Eskalation infolge des Karnevalsumzugs lassen sich mit Blick auf die sensible ethnische Machtbalance in den Städten und Gemeinden Mazedoniens nachvollziehen. Nach dem kurzen Bürgerkrieg im Jahr 2001, als die große albanische Minderheit von der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung mehr Rechte einforderte, wurde eine Gebietsreform vereinbart und zugleich die Besetzung von Führungspositionen in Lokalverwaltung und Schulsystem entlang lokaler ethnischer Mehrheiten geregelt.

Die Bürgerinnen und Bürger von Vevčani, einem mehrheitlich mazedonischen Ort mit etwa 2.500 Ein-

wohnerinnen und Einwohnern, wehren sich seitdem standhaft dagegen, in die albanisch dominierte Gemeinde Struga – dort leben etwa 60.000 Menschen – eingemeindet zu werden. Mit Blick auf die Anfang des Jahres 2013 anstehenden Lokalwahlen gewann die Auseinandersetzung erneut an Brisanz. Die Eskalation bahnte sich ihren Weg. Die Bürgermeister von Struga und Vevčani wurden vor die interethnische Kommission des mazedonischen Parlaments geladen. Doch die Schlichtung gelang nicht, da der Bürgermeister Vevčanis eine Entschuldigung verweigerte.

Geheime Schlichtung

Als Team des *forumZFD* in Struga waren wir unmittelbar Zeugen der Eskalation. Seit zwei Jahren arbeiten wir beim Aufbau eines interethnischen Jugendzentrums mit der Gemeinde gut zusammen. In dieser verfahrenen Situation entschieden wir uns, den Konfliktparteien unsere Unterstützung anzubieten. In vertraulichen Gesprächen mit dem Bürgermeister von Struga und dem Beauftragten für Jugend von Vevčani schlugen wir ein geheimes Mediationsgespräch vor, um eine Beilegung des Konflikts zu erreichen und zugleich allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, nach außen ihr »Gesicht zu wahren«. Dieses Vorgehen empfahlen wir außerdem der internationalen Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Mitte Februar stimmten die Konfliktparteien schließlich zu, sich unter der Ägide der OSZE an einen Tisch zu setzen. Bei diesem geheimen Treffen in einem Hotel sprach

der Bürgermeister von Vevčani sein Bedauern über die Provokationen im Rahmen des Karnevalsumzugs aus und versprach, zukünftig bei der Planung des Karnevals religiöse Gefühle stärker in Betracht zu ziehen sowie das Gebot der Antidiskriminierung zu beachten. Der Bürgermeister von Struga bedauerte seinerseits die gewaltsame Eskalation der Proteste von albanischer Seite. Im Anschluss an die Schlichtungssitzung verkündeten beide das Ergebnis gegenüber der Presse. Die Situation beruhigte sich.

Ohne die lokale Verankerung unseres Projektes hätten wir in dieser Situation nichts bewirken können. Seit zwei Jahren arbeitet das *forumZFD* mit einem gemischt-ethnischen Team vor Ort in Struga und hat sich durch die Arbeit in Schulen und interethnischen Jugendzentren einen guten Namen gemacht. Durch den Mazedonier Igor Serafimovski, Referent im Projektbüro Struga, und den albanischen Kollegen Albert Hani, stellvertretender Leiter des Landesbüros Skopje, bestehen Kontakte und Vertrauensverhältnisse sowohl in mazedonische als auch in albanische Kreise hinein. Als deutsche Organisation wurden wir als allparteiliche Kraft wahrgenommen, die nicht auf einer Seite des Konflikts stand. Allparteilichkeit, gute (Arbeits-)Beziehungen zu den Akteuren vor Ort, Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen im Team und Flexibilität, um schnell zu reagieren, waren im Fall Vevčani die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vermittlung. Unter diesen Voraussetzungen kann der Zivile Friedensdienst nicht nur langfristig Frieden fördern, sondern – wie im Fall Vevčani – auch kurzfristig zur Deeskalation beitragen und damit Rückschläge in Friedensprozessen verhindern.

Endgültig beigelegt ist der Konflikt in Struga und Vevčani allerdings noch nicht. Es besteht die berechtigte Angst, dass der Streit anlässlich der Lokalwahlen im nächsten Jahr erneut eskaliert.

Kirsten Schönefeld
Kirsten Schönefeld ist Projektleiterin des *forumZFD* in Struga.

DAS PROJEKT

forumZFD in Mazedonien

Die Arbeit des *forumZFD* in Mazedonien zielt darauf ab, die interethnische Kooperation zwischen der albanischen Minderheit – rund 25 Prozent der Bevölkerung – und der mazedonischen Mehrheit zu stärken. Unter anderem sollen die Kompetenzen mazedonischer und albanischer Jugendlicher in gewaltfreier Konfliktlösung aufgebaut werden. An den Standorten Skopje, Struga und Kičevo wird die Einführung von Schulmediation als Methode der Konfliktbearbeitung unterstützt. In Struga und Kičevo hat das *forumZFD* außerdem in Kooperation mit UNICEF interethnische Jugendzentren aufgebaut.



gehört?

»Ausverkauf der Rüstungsexportkontrolle«

Die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« sieht die aktuellen Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI zum deutschen Waffenexport mit Besorgnis. »Der deutsche Weltmarktanteil von neun Prozent am Waffenhandel macht den Ausverkauf jeglicher Rüstungsexportkontrolle deutlich«, erklärte Pax-Christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann, Sprecherin der Kampagne. »Es wird höchste Zeit für ein grundsätzliches Verbot der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern.«

► www.aufschrei-waffenhandel.de

5.000 Unterzeichnende fordern mehr vom Militär

Kurz vor ihrem »Geburtstag« erreichte die Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär!« die 5.000ste Unterschrift. Am Globalen Aktionstag gegen Militärausgaben – in diesem Jahr der 17. April – konnte die Kampagne dank zahlreicher Spenden in Zeitungsanzeigen die Umwidmung von Verteidigungsgeldern für den Zivilen Friedensdienst fordern.



► www.20millionen-mehr-vom-militaer.de

Mitgliederversammlung 2012

Am 20. Oktober findet in Köln-Ehrenfeld die Mitgliederversammlung des Forums Ziviler Friedensdienst statt. Interessierte sind herzlich willkommen. Ansprechpartner ist Benedikt Kaleß, Telefon: 0221 91 27 32 33, E-Mail: kales@forumZFD.de

An den Start für den ZFD

In wenigen Wochen startet die diesjährige Friedenslaufsaion. An allen Orten werden noch Helfer/-innen, Läufer/-innen und Sponsor/-innen gesucht. Die Termine im Überblick: 1. Juni Berlin, 29. Juni Aachen, 19. Juli Nürnberg, 17. Juli Bremen, September Bonn.

► www.run4peace.eu

Konfliktmanager/-innen!

Zusammenarbeit

ationalen Zusammen-
nternehmen?

l Konfliktmanagement
chtung, die zu Ihnen passt?



Im forumZFD finden Sie die passende
Mediation und Online-Mediation.
Im Blended-learning-Format (»Integriertes
er Tage) wechseln ab mit Online-Phasen.

gskosten)

nguyen@forumZFD.de

4, E-Mail: schmelcher@forumZFD.de

n2012

rch



Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Ägyptens steiniger Weg zur Demokratie

Im Januar 2011 geschah in Ägypten, was noch kurz zuvor unvorstellbar war: Dem tunesischen Beispiel folgend, jagte eine breite Bewegung mutiger Bürgerinnen und Bürger in einem friedlichen Aufstand den Tyrannen Hosni Mubarak aus dem Amt. Die Begeisterung über den »Arabischen Frühling« ergriff damals auch Deutschland. Ein gutes Jahr später beherrschen Berichte über Unruhen mit Toten und den Aufstieg der islamistischen Kräfte die wenigen Nachrichten aus Ägypten. Doch das medial

vermittelte Bild vom Arabischen Herbst, einer »gescheiterten Revolution«, zeugt von irrealen Erwartungen. Dabei sollte die Erinnerung an die eigenen mühevollen Jahre der Nachwende-Vereinigung uns mahnen, Erwartungen mit Augenmaß zu hegen. Was hat sich also verändert in einem guten Jahr der Revolution in Ägypten? Welche Linien zeichnen sich ab, und welche Unterstützung internationaler Zivilgesellschaft könnte hilfreich sein?

Diskutiert man heute mit jungen Ägypterinnen und Ägyptern, studiert die vielfältigen Medien und beobachtet die ständigen politischen und sozialen Proteste, ist kaum noch vorstellbar, unter welchem Mehltau der Zensur und Unterdrückung das Land vor Kurzem noch lag. Die große Aufmerksamkeit, mit der die Öffentlichkeit ihre neu gewählten Vertreterinnen und Vertreter begleitet, kostete erst kürzlich einen salafistischen Abgeordneten sein Mandat, als sich angebliche Überfall-Folgen als Schönheits-OP entpuppten. Die wachsende Kriminalität und zum Teil gewalttätig ausgetragene soziale Konflikte sind sowohl Begleiterscheinungen einer Öffnung als auch des Verfalls des alten Regimes in einem Land, wo neue Regeln der Konfliktaustragung noch nicht etabliert sind. Insbesondere zeigen Beschäftigte ihren Unmut über unzumutbare Arbeits- und Lohnbedingungen durch Streiks, Fabrikbesetzungen, Zerstörungen oder gar Geiselnahmen des Managements.

Am Unmut über ausbleibenden sozialen Fortschritt dürfte sich so schnell nichts ändern. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind düster und stellen jede kommende Regierung vor ungeheure Herausforderungen. Die ausländischen Direktinvestitionen sind von zehn Milliarden US-Dollar jährlich auf nahezu null gesunken, der Devisenbringer Tourismus ist um über 30 Prozent eingebrochen. Die Devisenreserven schwinden monatlich um zwei Milliarden US-Dollar. Dem Land droht das Geld für Importe auszugehen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln unerlässlich sind. Gleichzeitig verschwindet rasant kostbares Ackerland – ohnehin nur vier Prozent der Fläche des Landes – unter Beton, weil die Regierung geltendes Recht nicht durchsetzen kann. Während die Energiesubventionen die Staatskassen zum Nutzen von Industrie und Autofahrern leeren, hat sich der Preis von Kochgas für die Ärmsten vervielfacht.

Fokus auf der neuen Verfassung

In dieser Lage bräuchte es rasch eine Regierung mit breiter Legitimation. Jedoch hat sich bisher an den alten Machtverhältnissen nicht viel geändert. Auch die dritte Übergangsregierung seit der Revolution ist dem allein herrschenden Militär unterstellt, nicht etwa dem neu gewählten Parlament. Im Mai und Juni sollen die Präsidentschaftswahlen den Machtübergang an eine zivile Regierung besiegeln. Bis dahin soll die neue Verfassung geschrieben sein. Im Verfassungsprozess fokussierten



Auch ein Jahr nach Beginn der Revolution finden in den großen Städten regelmäßig Proteste statt

sich eben noch alle Hoffnungen und Befürchtungen über die Zukunft des Landes. In der hundertköpfigen Verfassungsversammlung aus 50 Vertreterinnen und Vertretern der beiden Parlamentskammern und weiteren 50 Fachleuten, darunter anerkannte Persönlichkeiten und Vertreterinnen und Vertreter von Berufsverbänden und Gewerkschaften, entfallen 65 Sitze auf islamistische Kräfte. Dies veranlasste die laizistischen und liberalen Kräfte zu einem Boykott. Auf das Ergebnis der ersten freien Parlamentswahl der ägyptischen Geschichte können sie sich dabei jedoch nicht berufen: Diese brachte den islamistischen Parteien mit 47 Prozent für die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei FJP der Muslimbrüder und 24 Prozent für die extrem konservativen Salafisten sogar eine noch deutlichere Mehrheit. Verständlich ist jedoch, dass viele liberale Kräfte mit diesem Ergebnis hadern, haben sie doch beim Sturz Mubarak große Opfer gebracht. Nachdenkliche Stimmen allerdings erkennen die jahrzehntelange soziale Tätigkeit der islamistischen Gruppen an und beklagen die eigene Ferne von der Realität der armen Bevölkerungsmehrheit.

In einer überraschenden Wendung gab das oberste Verwaltungsgericht den liberalen Kräften Mitte April recht und ordnete eine Neuwahl der Verfassungsversammlung an. Diese Entscheidung elektrisiert die im Mai und Juni stattfindende Wahl des neuen Präsidenten, der zunächst mit den Vollmachten der alten Verfassung ausgestattet sein wird. Das Armdrücken um die Teilnahme ist voll entbrannt: Das Militär »ent-

Ähnt der gegenwärtige Militärat dem Diktator von einst? Graffiti in Kairo.

deckt« plötzlich angebliche Hinweise auf einen amerikanischen Pass der Mutter des populären salafistischen Kandidaten, dem daraufhin der Ausschluss droht. Das Parlament untersagt unterdessen allen Würdenträger/-innen der Mubarak-Ära die Teilnahme. Die Militärs legen ihrerseits ein Veto ein. Ein Ausschluss droht auch dem FJP-Kandidaten, dessen politische Haftstrafe aus der Mubarak-Zeit nur ausgesetzt war.

Keine Amnestie für Mubarak-Ära

Für das Militär, das geschätzte 40 Prozent der Wirtschaft kontrolliert, geht es um das Primat der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, zum Beispiel in Form eines Sicherheitskabinetts, eines weiterhin der parlamentarischen Kontrolle entzogenen Militärbudgets sowie um eine Amnestie für alle Vergehen der Mubarak-Diktatur.

Auf diese Agenda wird sich im Wahlkampf jedoch kein Kandidat einlassen, steht sie doch allen Wünschen und Sehnsüchten nach Veränderung

entgegen. Nach der Wahl sind viele Varianten möglich, denn die Parteienblöcke sind viel heterogener als in Deutschland wahrgenommen. So fand sich in der FJP nur eine hauchdünne Mehrheit für einen eigenen Kandidaten. Die unterlegene Minderheit wollte ein Signal gegen die befürchtete Dominanz der FJP setzen. Prognosen sind somit extrem ungewiss. Denkbar ist eine Allianz der liberalen und gemäßigt islamistischen Kräfte. Eine solche Koalition hätte eine ausreichende Basis für den Verhandlungsprozess mit den Militärs, der im besten Fall den Weg ebnen könnte für einen schrittweisen Übergang zu demokratischeren Verhältnissen. Das wird weniger sein, als sich viele der jungen Revolutionärinnen und Revolutionäre erhofft haben. Für das Land wird es vermutlich die Chancen erhöhen, Konflikte zu vermeiden, die keine Seite gewinnen kann.

Albrecht Ansohn

Albrecht Ansohn ist Vorstandsmitglied im forumZFD und lebt und arbeitet derzeit in Kairo





Interview mit Christiane Lammers
Geschäftsführerin der
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Interview: Christoph Bongard



»Wir brauchen Friedenslogik statt Sicherheitslogik«

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) hat sich mit ihrer Stellungnahme zur Arbeit des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Bundestag und kritischer Auseinandersetzung mit Konzepten der Bundesregierung jüngst verstärkt politisch eingemischt. Hat das mit der aktuellen Bundesregierung zu tun, die mehr Anlass für Widerspruch und Auseinandersetzung gibt?

Christiane Lammers: Sie spielen vielleicht an auf die Vorstöße von Entwicklungsminister Niebel, die Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Afghanistan zur Abstimmung mit der Bundeswehr zu verpflichten, sofern sie Fördergelder aus einem bestimmten Budget in Anspruch nehmen. Dies hat unter vielen der betroffenen Organisationen und auch in der Plattform ZKB Protest ausgelöst. Die sehr an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete schwarz-gelbe Koalition befördert unter den NRO auch Ängste, für eine Politik instrumentalisiert zu werden, die die eigenen Anliegen untergräbt.

Und das sogenannte Konzept der vernetzten Sicherheit ...

CL: Auch dies ist ein Thema für uns. Für die Mitglieder der Plattform steht der Friedensbegriff im Zentrum, nicht der Sicherheitsbegriff. Friedenslogik statt Sicherheitslogik war das Thema unserer diesjährigen Jahrestagung. Zu Frieden zählt natürlich auch Sicherheit, insbesondere menschliche Sicherheit, aber eben in einer Zuordnung zum Frieden und nicht als synonyme Begriff.

Die Förderung des Zivilen Friedensdienstes stagniert unter Schwarz-Gelb. Beobachten Sie ähnliche Tendenzen für die Förderung ziviler Konfliktbearbeitung insgesamt?

CL: Schon zu Zeiten der Großen Koalition verstärkte sich der Eindruck,

dass wir politisch auf der Stelle treten. Dies hat nicht unmittelbar mit einer veränderten Förderpolitik zu tun. Nach acht bis zehn Jahren Projektförderung für zivile Konfliktbearbeitung stellen sich grundsätzliche Fragen neu. Wir müssen feststellen, dass wir vielen der anfänglichen, weitreichenden Ziele – mit ziviler Konfliktbearbeitung und entsprechender Krisenprävention letztlich militärgestützte Politik überflüssig zu machen – nicht viel näher gekommen sind.

Positiv bleibt festzuhalten, dass wir heute über ein viel breiteres praxiserprobtes Wissen in ziviler Konfliktbearbeitung verfügen. Es gibt eine nennenswerte Anzahl von Menschen mit hoher Kompetenz und Praxiserfahrung in Konfliktländern. Insofern haben wir den Ausbau der Projektförderung im letzten Jahrzehnt gut genutzt.

Wir denken heute in der Plattform ZKB wieder intensiver darüber nach, welche Strukturen sich verändern müssen, um Politik insgesamt stärker an Prinzipien ziviler Konfliktbearbeitung auszurichten.

Ist der neue Unterausschuss für zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit dafür ein geeigneter Ort?

CL: Seine Einsetzung ist auf jeden Fall ein großer Fortschritt. Zum ersten Mal haben wir Ansprechpersonen in allen Fraktionen, die qua Amt angesprochen werden können. Das große Interesse von zivilgesellschaftlichen Akteuren an den öffentlichen Sitzungen des Ausschusses wird vonseiten der Abgeordneten deutlich wahrgenommen. Für sie ist es neu zu sehen, dass zivile Krisenprävention ein Politikfeld ist, für das es ein öffentliches Interesse gibt.

Das Parlament ist nun im Grunde auch erstmals in der Lage, im Feld der zivilen Krisenprävention seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Das ist ge-

rade jetzt, wo wir auf Regierungsseite eher Stillstand statt dynamische Entwicklung wahrnehmen, sehr wichtig.

Welche Initiativen sollte der Unterausschuss ergreifen?

CL: Wir brauchen zum Beispiel Evaluationen, umfassende Auswertungen, von Auslandsmissionen, sowohl den militärischen Anteil wie auch den zivilen Anteil betreffend. Das haben wir dem Unterausschuss so empfohlen. Man sollte mit einem Fall beginnen, der politisch nicht so umstritten ist, damit sich eine Evaluationskultur entwickeln kann und der Ansatz nicht gleich dem Parteienstreit zum Opfer fällt. Die Mission in Banda Aceh in Indonesien etwa wäre geeignet.

Viele der aktuellen Empfehlungen im ersten Zwischenbericht des Unterausschusses selbst begründen einen steigenden Finanzbedarf für zivile Krisenprävention. Ohne eine Erhöhung der Mittel ist weder der notwendige Aufwuchs beim Personal für zivile Auslandsmissionen erreichbar noch eine Stärkung angemessener Strukturen oder die Einbindung der Expertise der Zivilgesellschaft. Insofern erhoffen wir uns, dass sich durch den Unterausschuss, aber auch mittelbar den Auswärtigen Ausschuss und die Unterstützung anderer Ausschüsse die politische Diskussion verändert: Denn nach wie vor mangelt es an politischem Willen zu einem kohärenten und deutlichen »Vorrang für zivil«.

Was steht einer konsequenten Friedenspolitik im Wege?

CL: Zivile Konfliktbearbeitung braucht nicht nur im Bundestag, sondern natürlich auch in den Ministerien eine klare Verankerung. Die Einsetzung des Unterausschusses im Bundestag kann deshalb nur ein Anfang sein. Friedens- statt Sicherheitslogik konsequent politisch umzusetzen, kommt einem Paradigmenwechsel gleich. Dafür braucht es andere Strukturen, Personen, die qua Rolle und Verantwortlichkeit Frieden ins Zentrum ihres Handelns stellen.

Ohne eine stärkere Öffentlichkeit bleibt Friedensarbeit eine »private« Angelegenheit und Friedenspolitik ein Spielball diverser politischer Interessen. Darum brauchen wir auch Akteurinnen und Akteure, die friedenspolitische Fragen wieder zu einem breiten gesellschaftlichen Anliegen machen. Dabei hoffe ich auch auf das Engagement des forumZFD und seiner Mitglieder.

Frau Lammers, ich danke Ihnen für das Gespräch.

20 Millionen mehr vom Militär!



Warum vom Militär?

Statt in die zivile Prävention zu investieren, gibt die Bundesrepublik ein Vielfaches für militärische Reaktion auf Krisen und Konflikte aus. Dieses Missverhältnis muss endlich durchbrochen werden.

Warum 20 Millionen?

Mit 20 Millionen Euro im Jahr können weitere 200 Fachkräfte im Programm des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) eingesetzt werden. 20 Millionen entsprechen 0,06% des Verteidigungsetats.

Wussten Sie schon, dass ...?

- ein einziger Eurofighter in nur 250 Flugstunden 20 Millionen Euro verbrennt;
- der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan pro Woche 20 Millionen Euro kostet;
- die Bundesregierung im Jahr 2010 insgesamt 1136 Millionen Euro für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgegeben hat.

Weitere Informationen:

Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
Telefon: 02 21 91 27 32-0
kontakt@20millionen-mehr-vom-militaer.de



www.20millionen-mehr-vom-militaer.de

KAMPAGNE FÜR DEN AUSBAU DES ZFD

Erfolgreiche Anzeigenaktion

Die obige Anzeige erschien am 17. April – dem Globalen Aktionstag gegen Militärausgaben – im Politikressort der tageszeitung (taz) und in der Zeitschrift Publik Forum. Vor Ostern waren die bisherigen Unterzeichner der Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär« gebeten worden, die Schaltung der Anzeigen mit Spenden zu finanzieren. Bis zum 16. April sind mehr als 8.000 Euro Spenden für die Anzeigenaktion eingegangen.

Die passenden Türanhänger mussten wir aufgrund der zahlreichen Nachbestellungen bereits wenige Tage nach dem Versand nachdrucken. Senden Sie Ihre Fotos vom Einsatz der Türanhänger gerne an das forumZFD.

Ansprechpartner für die Kampagne:

Christoph Bongard, Tel: 02 21 91 27 32 31
bongard@forumZFD.de

Unterstützen auch Sie die Kampagne!

Spendenkonto: 8 240 101
Bank für Sozialwirtschaft (BLZ: 370 205 00)



Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die **Plattform Zivile Konfliktbearbeitung** ist das Netzwerk von 190 Organisationen und Einzelpersonen aus der praktischen Friedensarbeit im In- und Ausland und der Wissenschaft. Sie fördert Vernetzung und Austausch in der Zivilgesellschaft und leistet politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für zivile Konfliktbearbeitung. Das forumZFD ist Mitglied der Plattform ZKB. Der Bundestagsunterausschuss »Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit« hat im Februar 2012 eine Zwischenbilanz seiner zweijährigen Arbeit vorgelegt. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) war Thema von zwei öffentlichen Anhörungen des Ausschusses. Zuletzt wurde im Februar 2012 die Evaluierung des ZFD diskutiert. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung veröffentlichte eine ausführliche Stellungnahme zur Arbeit des Unterausschusses.

► www.konfliktbearbeitung.net

IMPRESSUM

Frieden braucht Fachleute – Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e. V. – Ausgabe 1/2012. ISSN 1612-6858.

Die Abgabe der Zeitung ist kostenfrei. *Frieden braucht Fachleute* erscheint vierteljährlich und wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e. V.

Am Kölner Brett 8 ■ 50825 Köln ■ Tel: 02 21 91 27 32-0 ■ kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Redaktion: Christoph Bongard, Mareike Junge, André Madaus, Thomas Meinhardt, Heinz Wagner (verantw.).

Verlag, Entwurf und Gestaltung: meinhardt, Verlag und Agentur ■ Magdeburgstraße 11
65510 Idstein ■ www.meinhardt.info

Druck: CW Niemeyer, Hameln

Spendenkonto: Kto-Nr.: 82 40 101 ■ BLZ 370 205 00 ■ Bank für Sozialwirtschaft